

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werttag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2466. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Berücksichtigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 142

Dresden, Freitag, 21. Juni

1929

Auch der Youngplan übersteigt die wirtschaftliche Tragfähigkeit Deutschlands.

Kaßl spricht im Reichsverband der Deutschen Industrie.

Berlin, 21. Juni.
In der gestrigen Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt Geheimrat Kaßl ein ausführliches Referat über die Pariser Sachverständigenkonferenz.
Geheimrat Kaßl schilderte zunächst den Verlauf der Konferenz und stellte fest, daß sie sich nicht ausschließlich von finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten hat leiten lassen. Außerdem stellt er ausdrücklich fest, daß seitens der deutschen Regierung auf die Sachverständigen zu keiner Zeit irgendeine Einwirkung versucht worden ist.
Er verglich darauf den Dawesplan mit dem Youngplan. Im Gegensatz zum Dawesplan sind die deutschen Zahlungen zeitlich und in ihrer Höhe begrenzt. Außerdem sind die Zahlungen für die ersten zehn Jahre so niedrig wie möglich gehalten.
Er besprach weiter die Aufgaben der internationalen Bank und streifte die Frage der Sachlieferungen und Liquidation deutschen Eigentums.
An den Vortrag schloß sich keine Aussprache. Es wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt, der einen Bericht abfassen soll, in dem der deutsche Abordnung der Dank ausgesprochen wird. Außerdem soll in dem Bericht festgelegt werden, daß auch der Youngplan über die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgeht und daß der Reichsverband der Deutschen Industrie sich über die wirtschaftliche finanzielle Seite des Youngplans erst äußern wird, nachdem die Entscheidung der politischen Körperschaften vorliegt.

Dr. Stresemann wieder in Berlin.

Berlin, 21. Juni.
Reichsaußenminister Dr. Stresemann traf gestern abend von Paris kommend in Begleitung der Staatssekretäre Dr. Schubert und Dr. Wünder, sowie von anderen Herren der Delegation von der Wadibier Konferenz in Berlin ein. Am Freitag wird der Minister dem Kabinett über die Wadibier und Pariser Verhandlungen Bericht erstatten.

Der Besuch Macdonalds in Washington.

Washington, 21. Juni.
In den Verhandlungen zwischen Macdonald und Tamm tritt die Frage der Seeabräufung gegenwärtig von den Erörterungen über den vorgesehene Besuch des britischen Premier in Washington zurück. Gut informierte Kreise rechnen mit größter Bestimmtheit mit dem Eintreffen Macdonalds. Staatssekretär Stimson hatte mit dem britischen Botschafter Sir Esme Howard eine Unterredung betreffend der Londoner Reden; sie wogerten sich jedoch, dieselben zu kommentieren.

Amerikanischer Bericht über die deutsche Wirtschaft.

Mertliche Besserung der Verhältnisse.

New York, 21. Juni.
Aus Washington wird gemeldet: Der Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Berlin, Hillport, an das Handelsamt erklärt, daß sich im Gegensatz zu den akut unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die in Deutschland Ende April herrschten, die Aussichten kurzzeit merklich gebessert hätten.

Der Erfolg der Reparationsverhandlungen in Paris habe wesentlich zur Wiederherstellung des Vertrauens beigetragen und das Haupthindernis auf dem Wege der weiteren Entwicklung beseitigt.

Die gegenwärtig günstigeren Tendenzen einer Besserung der Lage der deutschen Industrie spiegeln sich in dem hohen Niveau der Kohlen- und Stahlproduktion, im regen Güterwagenverkehr, in der Restorationsfahrt von Fertigwaren und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wider.

Die Industrie zum landwirtschaftlichen Notprogramm

Berlin, 21. Juni.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in seiner gestrigen Sitzung im Reichswirtschaftsrat zu dem Notprogramm der Landwirtschaft in einer Entschließung Stellung genommen, die folgende Punkte enthält:

1. Die Industrie erkennt die schwere Rolle der Landwirtschaft an. Alle Mittel, die mit den Interessen der Gesamtwirtschaft zu vereinbaren sind, müssen angewandt werden, um die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen.

2. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität muß auf Wegen gesucht werden, die den Bestand und die Erweiterung unserer Kulturländer nicht gefährden.

3. Wenn der Reichsverband der Deutschen Industrie demnach eine grundlegende Veränderung der Zollpolitik nicht befürworten kann, so hält er doch zur Abwehr von Stützpunkten eine ausreichende Zollserhöhung für Getreide für unentbehrlich.

Auch einer Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle ist grundsätzlich zugestimmt. Höhere Übergangszölle für Moltereizeugnisse können nur unter der Voraussetzung in Betracht kommen, daß sie unsere Handelsbeziehungen zu den bisherigen Einfuhrländern nicht ernstlich gefährden. Sollte durch die notwendigen Zollserhöhungen eine Verteuerung der Lebenshaltung eintreten, so hält diese sich nach sorgfältiger Berechnung in einer Höhe, daß sie bei der Größe des Ziels von den anderen Bevölkerungsteilen hingenommen werden muß.
4. Daneben sollte eine Senkung der landwirtschaftlichen Selbstkosten durch Steuererleichterungen und Zinsbeihilfen umgehend durchgeführt werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können von der Industrie nur dann befürwortet werden, wenn unverzüglich zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft wirksame Mittel durchgesetzt werden.

Gleichermaßen ist auf die Erhaltung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und eine Verbesserung der Absatzorganisation, ferner auf die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und die Pflege der wissenschaftlichen Forschung das Hauptgewicht zu legen.

5. Eine öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Produkte ist abzulehnen, weil sie notwendig zu steigenden gewerblichen und parlamentarischen Inzestiven in die Wirtschaft und schließlich zur Zwangswirtschaft führt.

Abschluß des Reichskredits.

Wie übereinstimmend gemeldet wird, ist der Auslandskredit des Reiches zum Abschluß gelangt. Es handelt sich bekanntlich um

50 Millionen Dollar.

Verzinsung und Laufzeit sind noch unbekannt. Amerikanische Geldgeber sind, wie bekannt, hauptsächlich die Firmen Dillon, Read & Co., sowie Harris Forbes. Das deutsche Konsortium, das den Kredit vermittelt hat, besteht nach den Mitteilungen aus der Deutschen Bank, der Reichskreditgesellschaft und Wendelsjohn & Co., Berlin.

Der Streit um die Arbeitslosenversicherung.

Protestschreiben des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Berlin, 21. Juni.
Die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei haben an den Reichskanzler Müller ein Schreiben gerichtet, in dem gegen das Vorgehen einzelner Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherung eingeklagt wird, unter Bezugnahme auf die bei der Regierungsbildung eingegangenen Koalitionsverpflichtungen.
Sie beantragen, unverzüglich eine Besprechung der Fraktionsführer unter Zuziehung der sozial-

Einnahmen und Ausgaben 1928 im Reich.

Berlin, 21. Juni.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Rechnungsjahr 1928 (in Millionen Reichsmark) im

a) ordentlichen Haushalt die Einnahmen 9757,5, dazu Bestand aus dem Vorjahr 320,1, Einnahmen insgesamt 10 277,6; die Ausgaben 10 231,1, mithin Mehreinnahmen 46,5.

Zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1928 noch unbeglichenen Restausgaben (abzüglich der Resteinnahmen) sind erforderlich 200,3 Mill. RM, ergibt Reihbetrag im ordentlichen Haushalt 154,4 Mill. RM;

b) außerordentlichen Haushalt Einnahmen insgesamt 216,8, Ausgaben insgesamt 656,0, dazu der Vortrag aus dem Vorjahr 465,3, Summe der Ausgaben 1121,3, mithin Mehrausgabe 904,5.

Das Jahresbilanz war veranlagt im ordentlichen Haushalt für die Einnahmen mit 9729,8, die Ausgaben mit 10 243,9, im außerordentlichen Haushalt die Einnahmen mit 870,4, die Ausgaben mit 401,4.

Zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1928 noch unbeglichenen Restausgaben (abzüglich der Resteinnahmen) sind erforderlich 73,3 Mill. RM. Aus späteren Einnahmen des außerordentlichen Haushalts bleiben noch zu decken 977,8 Mill. RM.

Insgesamt Mehrausgabe 132,2 Mill. RM.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums stellte sich (in Mill. RM) die Reichsfinanzen wie folgt:

auf Reichsmark (Goldmark) lautende Schuld am 31. Dezember 1928 6534,3, am 31. März 1929 707,8, auf fremde Währung lautende Schuld am 31. Dezember 1928 878,9, am 31. März 1929 877,1 Gesamtschuld am 31. Dezember 1928 7708,2, am 31. März 1929 7947,9. Die sich ergebenden Schulden betragen am 28. Februar 1929 830,3, am 31. März 1929 990,0.

politischen Sachverständigen der Fraktionen einzuweisen mit dem Ziel, den Weg zu gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherungfrage noch vor der Sommerpause des Reichstages zu finden.

Luftschuttagung in München.

Am Donnerstagvormittag trat in München der Deutsche Luftschutz e. V. mit einer ersten Tagung an die Öffentlichkeit. Hierzu hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden. Der Justizminister Dr. Winter übertrug die Grüße der bayerischen Staatsregierung. Der Präsident der Vereinigung, Generalleutnant a. D. v. Altrich, sprach über den Stand der Luftschuttbewegung. Über die militärischen Abwehrmöglichkeiten referierte Major a. D. Großkreuz-Potkdam. Der nächste Redner, Stadtbaurat Dr. Albert Gut-München versuchte ein Sondartheater Lichtbilder die Frage zu lösen, inwiefern die Bestrebungen, die bei der neuzeitlichen Stadtplanung richtunggebend sind, den Forderungen des Luftschutzes nahekommen. Als letztes Referat des ersten Verhandlungstages folgte ein Vortrag des Leiters der Hauptverwaltung des Bundes-Deutscher Architekten Prof. Dr.-Ing. Siedler-Dettin über „Moderne Bauweisen und Luftschutz“.

Das Schicksal des Saargebietes.

Die Frage, was aus dem Saargebiet werden soll, gehört zu den wichtigsten Problemen der deutschen Außenpolitik. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß sich die Politik Frankreichs weder in der Frage der Rheinlandräumung noch in der Frage des Saargebietes wesentlich geändert hat. Noch ist man über einige unverbindliche Besprechungen nicht hinausgekommen.

Es ist bekannt, daß Frankreich keine Mittel scheut, um die rein deutsche Saarbevölkerung, die von Frankreich im Jahre 1935 genau so wenig wird wissen wollen wie heute, den französischen Assimilationsbestrebungen zugänglich zu machen. Wichtiger sind konkrete Erwägungen über die nächste Zukunft des Saargebietes, zumal diese Erwägungen durch die Auslösung des Problems der Rheinlandräumung besonders aktuell geworden sind. Im vorigen Herbst schrieb der französische Journalist Perrinac wörtlich: „Wird das Rheinland frei, dann fällt das Land an der Saar wie eine reife Frucht in das deutsche Reich.“ Diese Auffassung, die das Rheinlandproblem mit der Saarfrage verknüpft, steht allerdings zu der gegenwärtigen Politik des französischen Außenministers im Widerspruch, der sich darauf beruft, daß das Saarland unter der Garantie des Völkerbundes stehe und den Saarländern Gelegenheit gegeben werden müsse, im Jahre 1935 über die politische Zukunft des Gebietes abzustimmen. Briand stellt sich also auf den Standpunkt, daß eine vorzeitige Liquidation des Saargebietes eine Änderung des Versailler Vertrages in sich schließen würde, wobei er bemerkt überdies, daß das neue Reparationsabkommen die Bestimmungen des Abkommens in mehr als einem Punkte modifiziert. Es ist klar, daß Briand, wenn er sich in der Beurteilung der Saarfrage auf den formaljuristischen Gesichtspunkt zurückzieht, von machtpolitischen Bedenken beherrscht ist, die nur darauf ausgehen, den französischen Einfluß in Deutschland zu festigen.

Eine Hauptquelle des Widerstandes gegen eine Abkehrung der Prinzipien des Saargebietes sind die künstlich herbeigeführten Wirkungen der Eingliederung der Saar in das französische Zollgebiet. Der französischen Wirtschaft hat diese Eingliederung eine Ausfuhr von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten in das Saargebiet verschafft, die auf 200 Millionen Mark geschätzt wird. Eine sehr bedeutende wirtschaftliche Transaktion bei der Aufhebung des Autarkieregimes für die Saar wird schließlich der Rücklauf der dem französischen Staat übertragenen Saargruben sein, deren Kapitalwert von den Franzosen mit 3000 Mill. M. beziffert werden. Hier muß besonders darauf hingewiesen werden, daß der Ertrag, den die französische Verwaltung aus den Gruben gezogen hat, mit mehr als 110 Mill. Franken heute schon weit über dem durch die Herstellung der nordfranzösischen Gruben verursachten Produktionsausfall von 90—100 Mill. Franken liegt, der durch die Abtretung der Gruben wettgemacht werden sollte. Die wirkliche Lage ist also so, daß Frankreich keinen einzigen vernünftigen Grund angeben kann, um die Ansprüche auf seinen Einfluß im Saargebiet zu rechtfertigen. Nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich ist das Saargebiet mit Deutschland untrennbar verbunden.

Der Prozeß Roos.

Genève, 21. Juni.
Im Prozeß Roos wurde im Verlauf der gestrigen Sitzung eine ganze Reihe einschlägiger Parlamentarier vernommen, die sich samt und sonders dagegen verwahrten, daß der Autonomismus mit dem Separatismus in einen Topf geworfen werde. Zu einem Konflikt zwischen dem Vertreter der Anklage und der Verteidigung kam es, als der Generalstaatsanwalt die Absicht kundgab, die Verhandlung auf Montag zu versetzen, um den offiziellen Finanzfachverständigen über die Geschäfte des Bankiers Lind in Straßburg zu hören. Man einigte sich jedoch schließlich darauf, auf die Vernehmung des Sachverständigen zu verzichten, so daß die Beendigung des Prozesses, wie wir bereits gestern meldeten, am Sonnabend nicht mehr gefährdet ist.

Schärfere Staatskontrolle im Reichstag gefordert.

Allgemeines Bedürfnis nach Sparsamkeit.

91. Reichstags-Sitzung am 20. Juni.
Im Reichstag wurden heute nach kurzer Ausrede zunächst die Novellen zum Einkommen-, Vermögen- und Wechselsteuergesetz eingebracht. Diese Vorlagen sind ein Teil des Kompromisses, das zwischen den Regierungsparteien in der Redaktionsfrage abgeschlossen worden ist. Die Bedeutung der Reichstags-Sitzung wird durch die große Abwanderung deutscher Besucher im Ausland vermindert. Bei der Vermögenssteuer werden die Bewertungsbestimmungen reformiert. Bei der Einkommensteuer sollen Verlustjahre bei der Einschätzung besser berücksichtigt werden als bisher. Die Vermögenszuwachssteuer soll bis zum Inkrafttreten des Steuervereinfachungsgesetzes nicht erhoben werden.

Angenommen wurde auch eine Ausschussentscheidung, wonach Betriebsbetriebe auch bei nichtdurchführenden Landwirten und Gewerbetreibenden bei der Besteuerung der Durchschnittsätze berücksichtigt werden sollen.
Bei der Kornahme der früher zurückgestellten Bestimmungen wurden der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung und der Haushalt des Reichsfinanzministeriums in der Ausschussfassung angenommen, dazu die Ausschussentscheidung auf Erhöhung der Höhe einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe.

Nach weiter angenommenen Ausschussfassungen soll der Arbeitssatz der in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Familienangehörigen bei der Steuer abgesetzt sein und für die Landwirtschaft soll die Vermögenssteuer nach der Hälfte des bisherigen Bewertungsbetrags berechnet werden. Weiter wird eine Denkschrift über die Erfahrungen anderer Länder mit der Offenlegung der Steuerlisten verlangt und finanzielle Unterstützung der notleidenden Eisenbahngemeinden gefordert.

Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Giffert eingebrachte Misstrauensantrag wurde gegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlichnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Bei der dann folgenden

Zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes für 1929

wurde von den Rednern aller Parteien eine schärfere Kontrolle der Durchführung des Etats verlangt. Der Etat nach strenger Kontrolle der einzelnen Ressorts gründet sich nicht nur auf das allgemeine Bedürfnis zur Sparsamkeit bei der schlechten Finanzlage des Reiches, sondern auf die Bestimmungen des Haushaltsgesetzes über große Staatsüberweisungen in früheren Rechnungsjahren und schließlich auf die Erfahrungen im Falle Rohmann.

Diese Erfahrungen haben den Ausschuss zu wesentlichen Änderungen und Ergänzungen der Regierungsvorlage veranlaßt. Danach sollen Verträge, die das Reich mit Summen über eine Million verpflichten, nur noch von den zuständigen Leitern der Behörden abgeschlossen werden. Das letzte Mittel der für bestimmte Aufgaben bewilligten Mittel soll nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers ausgeben werden können, damit ein gewisser Anreiz zur Sparsamkeit gegeben wird.

In der Aussprache wurde vielfach ein noch weitergehendes Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gefordert, während andererseits davon gewarnt wurde, weil dem Budgetrecht des Reichstags in die Hände der Exekutive zu legen.

Eine Novelle zum Reichssteuergesetz, die der Regierung größere Vollmachten zur Regelung und Einschränkung der Besteuerung geben soll, wurde dem Reichswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung der Freitags-Sitzung, die um 1 Uhr beginnt, steht neben Heineren Vorlagen

die zweite Beratung der Verlängerung des Republikstimmgesetzes.

Englische und französische Stimmen für Rheinlandräumung.

London, 21. Juni.

Macdonald und Heuberton sind mit der Ausarbeitung des außenpolitischen Abschnitts der Thronrede beschäftigt. In der Frage der Rheinlandbesetzung wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiterregierung am Beschluß der Parteitage der Arbeiterpartei, in denen die Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland gefordert wird, gebunden ist. Die Regierung Macdonalds hält es mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen für zweckmäßig, zunächst abzuwarten, welches Ergebnis die kommende politische Konferenz hat, um gemeinsam mit den französischen und belgischen Truppen abzumachen.

Sollte sich jedoch ergeben, daß Belgien und Frankreich das Rheinland nicht räumen, so ist die englische Regierung entschlossen, ihre Truppen ohne Rücksicht auf das Verhalten Frankreichs und Belgiens zurückzunehmen.

Nach Meldungen aus Paris fordert im „Populaire“ der sozialistische Abgeordnete Leon Blum die unverzügliche Rheinlandräumung. Er schreibt: Welchen Zweck können die Verhandlungen zwischen den Regierungen haben? Mit Verstärkungen, Sanktionen und Kontrollen auszurufen, ist doch überholt. Wie es sich nach der Festlegung des Tawelplans in London einig und allein um die Räumung des Ruhrgebietes handelt, so handelt es sich jetzt um die Rheinlandräumung. Es sei von Dingen zu reden, und zwar im Interesse Frankreichs, das dieses unüberwindliche erste Schritt zur Räumung ist. Beim letzten Stande der Dinge die Räumung zu verhindern oder zu verschieben, ist aus dem Wege zu gehen, wäre wieder falsch, ja nicht einmal anständig.

Bayerns Forderung aus den Reparationsvereinfachungen.

München, 21. Juni.

Im Landtage äußerte sich Finanzminister Dr. Schmeißle in seiner Rede zum Etat auch zu den Pariser Verhandlungen. Er erklärte: Vielleicht waren diese Verhandlungen verfehlt, vielleicht auch war die Zusammenlegung der deutschen Relegation zu einseitig. Jedemfalls bleibt das Ergebnis weit hinter dem zurück, was das deutsche Volk, die deutsche Staat, die Wirtschaft und die Kultur an Vereinfachungen von einer dauernden Lösung der Reparationsfrage erwarten mußte. (Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Es würde aber das erreichen, wenn es auch hinter den Erwartungen zurückbliebe, dem Verdienste der ausgezeichneten Männer keinen Eintrag tun, die die Verhandlungen zu führen hatten und das Ergebnis wird wohl nur als eine

Stappe auf dem Leidensweg

zu werten sein, den das deutsche Volk zurücklegen hat. Diese Stappe bedeutet immerhin eine Vereinfachung von zunächst einmal 500 Millionen für den Reichshaushalt.

Nach ehe diese Vereinfachungen Tatsache geworden sind, hat auch schon der Streit begonnen, wie sie auf das Volk, die Staatswirtschaft und innerhalb der Volkswirtschaft auf die einzelnen Berufsstände- und Wirtschaftskreise verteilt werden sollen. Es ist das nur zu begreifen; denn wer lebt heute nicht unter dem Druck der übermäßigen Reparationen und wer hätte nicht eine Milderung erwartet?

Ich glaube, daß nichts wichtiger ist, als zunächst die Wirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden wieder auf eine gesunde Basis zu stellen.

Ohne eine Gesundung der finanziellen Verhältnisse von Staat und Gemeinden gibt es kein Heil für die Volkswirtschaft und die Einzelwirtschaft. Dazu ist notwendig, daß das Reich die Lebensnotwendigkeit der Länder anerkennt und durch endliche Erfüllung der Verpflichtungen aus der Post-, Eisenbahn- und Dienstleistungsbereitstellung Bayern in den Stand setzt, keine Aufgaben, die in Wirklichkeit Aufgaben des Reiches sind, zu erfüllen.

Ich habe die Hoffnung, daß die Reichsregierung sich diesen Verpflichtungen nicht entziehen werde.

Staatsrat gegen preussische Regierung.

Konflikt in der Konfordatsfrage.

Berlin, 20. Juni.

Zwischen dem preussischen Staatsrat und der preussischen Regierung sollen hinsichtlich der Art und des Tempos bei der Behandlung des Konfordatsvertrags erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der Staatsrat besteht einer raschen Erledigung Schwierigkeiten, und im besonderen möchte die sogenannte Arbeitsgemeinschaft die Entscheidung so lange verlagert werden, bis die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen sind.

Demgegenüber wird nun darauf hingewiesen, daß es sich jetzt um Tage handelt, wenn das Konfordat noch im Juni im Landtag zur Verhandlung kommen soll. Im Staatsrat setzt sich jedoch keine Reizung, die Zulassung an den Landtag zu beschleunigen. Gemäß Artikel 40 der preussischen Verfassung ist der Staatsrat von der Regierung über die schwebenden wichtigen Fragen auf dem laufenden zu halten und ihm steht das Recht zur tatsächlichen Ausherrschung zu. In politischen Kreisen weiß man darauf hin, daß er dieses Recht selbst in Frage stellt, wenn er durch absichtliche spätere Ausbreitung seiner nächsten Sitzung eine sachliche Erörterung unmöglich macht. Der preussische Ministerpräsident will auf Grund der Verfassung den möglichst baldigen Zusammentritt des Staatsrats zur Erledigung der Konfordatsfrage verlangen.

Um das Getreidemonopol.

Berlin, 21. Juni.

Ein Teil der Berliner Abendblätter beschäftigt sich lebhaft mit der angeblich in der Luft liegenden Entscheidung des Sachverständigenausschusses für die Reuegierung der Getreidewirtschaft für ein Getreidemonopol. Zunächst ist ein Verstoß weder in der einen noch in der anderen Richtung bereits gefallen. Er wird aber bis heute erwartet. Man glaubt übrigens zu wissen, daß der Reichsernährungsminister Dietrich unter keinen Umständen bereit sein wird, im Kabinett einen Regierungsentwurf auf Einführung des Getreidemonopols zu empfehlen, so daß also nur ein Initiativantrag in Frage käme. In parlamentarischen Kreisen sieht man mit einiger Spannung dem Bericht Heukamp über die Ergebnisse seiner Vorverhandlungen mit Schweden entgegen. Diese Verhandlungen haben bekanntlich das Ziel, den Handel für die Heraushebung der Getreideerträge auszuweiten, da die Getreide allein im Handelsvertrag mit Schweden genannt sind und unter der Reichsbeschränkung auch für die übrigen Verträge gelten.

Die Wiener Gemeindevertreter beim Reichsfanzler.

Berlin, 21. Juni.

Im Reichsfanzlerhaus fand gestern zu Ehren von Vertretern der Wiener Stadt- und Gemeindeverwaltung ein Frühstück statt, an dem u. a. teilnahmen: Bürgermeister und Landeshauptmann Selb-Wien, der Präsident des Wiener Landtages, Gemeinderat Dr. Danneberg, Reichstagspräsident Lobe, preussischer Ministerpräsident Dr. Brauns, die Reichsminister Dr. Wirth, Seering, Dr. Giffert, Dr. Wissell, der Landtagspräsident Bartels und Oberbürgermeister Dr. B. H. E.

Die Verhandlungen über die Schwedenzölle ergebnislos.

Berlin, 21. Juni.

Vor einigen Tagen ist, wie gemeldet, auf Grund eines Beschlusses des Reichsstaatsrats der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Dr. Heukamp nach Stockholm entsandt worden, um mit der schwedischen Regierung über eine Aufhebung der sogenannten Schwedenzölle zu verhandeln. Wie mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen Dr. Heukamp mit der schwedischen Regierung ergebnislos geblieben. Für die deutsche Landwirtschaft bedeutet dieser Ausgang der Stockholmer Verhandlungen eine schwere Enttäuschung.

Hessischer Landtag und Räumungsfrage.

Frankfurt a. M., 21. Juni.

Der Hessische Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Der Hessische Landtag gibt der Erwartung Ausdruck, daß die baldige Räumung der besetzten Gebiete erfolgt, ohne daß hierfür von deutscher Seite neue Opfer gebracht werden müssen. Insbesondere wird jede irgendwie geartete Kontrolle über das Jahr 1935 hinaus unter allen Umständen abgelehnt. Die von der Reichsregierung geplante umfangreiche Disfunktions für die jetzt besetzten Gebiete gewinnt nun eine ganz besondere Bedeutung. Solche Maßnahmen sind im besonderen Maße für Hessen verwerflich. Der Hessische Landtag richtet auf die neue an Reichstag und Reichsregierung die Bitte, daß den besonderen hessischen Schwierigkeiten in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird.

Der Verfassungstag in Hessen Nationalfeiertag.

Darmstadt, 21. Juni.

Der Hessische Landtag hat gestern die Regierungsvorlage, den Verfassungstag zum Nationalfeiertag zu erklären, gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Universitätsstrawalle in Wien.

Wien, 21. Juni.

An der Universität kam es gestern vormittag zu Kravallen, die von den württembergischen Studenten hervorgerufen wurden und die das Eingreifen der Polizei notwendig machten. Die württembergischen Studenten veranlaßten wegen Relegation von drei ihrer Kommilitonen in der Aula und vor der Universität eine Kundgebung gegen das Rektorat.
Auf Ersuchen des Rektors griff die Polizei ein, wurde aber von den Studenten am Universitätsvorplatz mit Pfeisern und Stocken empfangen und zurückgedrängt. Ein Rebell wurde verprügelt. Inzwischen erhielt die Polizei Verstärkungen und

Leonardo da Vinci als technisches Genie.

Leonardo da Vinci steht und in seinem geistigen Schaffen menschlich um so näher, weil er das, was er erzieht, sich aus eigener Kraft aufgebaut hat. Gerade ein solches Eingehen auf Einzelheiten läßt in Leonardo eine großartige Künstlernatur vermuten. Selten ist wohl jemand ebensoviel Techniker und ebensoviel Idealist gewesen wie er.

Am häufigsten haben wir von Leonardo da Vinci als Flugtechniker gehört. Schon Galiläi erzählt, Leonardo habe „allerhand Tiere aus Wachs gemacht, mit Luft gefüllt“, die im Winde fliegen konnten. Auch habe er Hammelblase aus einem Hahnbalg (mit warmer Luft?) aufgeblasen, so daß sie bis zur Erde emporstiegen; man ließ auch oft, er habe um das Jahr 1513 in Rom Flugversuche gemacht, doch ist gerade diese Zeit seines Lebens wenig geklärt. Genauer unterrichtet sind wir über die Entwürfe zu Flugmaschinen des Reichers; denn nicht nur ein besonderes Fest „Über den Flug der Vögel“ hat sich von ihm erhalten, in dem er die Bewegungen der Tiere beim Fliegen mechanisch auseinandersetzt, auch viele Zeichnungen von Flugapparaten finden sich unter seinen Manuskripten. Die Flügel dieser Apparate ähneln den Hebermaschinen nach, weil seine anatomischen Studien ihm gezeigt hatten, daß ein Vogel mächtigere Knochen „und härtere Nervatur“ habe, als eine gleich große Hebermaschine, denn die Flügel eines Vogels sind durchlöchert, weil ihre Federn umbebandelt sind, „aber die Hebermaschine hat die Röhre des Gewebes, das alles verbindet und nicht durchlöchert ist“.

Von der Untersuchung des Vogelfluges ausgehend, beschäftigte Leonardo sorgfältig den Einfluß des Windes, dessen Wirbel und Störungen,

und vermied an seinen Entwürfen möglichst jedes Risiko, einerseits wohl wegen des hohen Gewichtes, besonders aber, weil er dem ganzen Apparat richtigerweise eine Elastizität gegen Windstöße geben wollte. Die Gelenke sollten darum aus Leder, die Zugstangen aus weichen Stählen sein. Vom Mittel aufwärts habe sich der Mensch in dem Flugapparat frei zu halten, um zu ballancieren, „wie er es im Boote tut, damit sein Schwerpunkt und der seiner Maschine schwanken und sich wandeln könne.“ Von dem Schwannenschnabel aber bei Fliegen wollte er seinen „großen künstlichen Vogel (die Flugmaschine) seinen ersten Flug nehmen lassen, das Umherfliegen mit Verblüffung, alle Schritte mit seinem Ratse füßend, und ewige Grazie sein dem Reife, wo er geboren ward.“ Um sich aus der Luft herabzulassen, erfaßte Leonardo den Fallschirm, der bekanntlich erst wieder im Jahre 1783 in Frankreich aufkam.

Vor den schon erwähnten Erfindungen in der Artillerie ist die Leonardische Tarnpistole besonders merkwürdig, von der er sagt: „Sie ist eine Maschine von feinem Silber, welche eiserne Kugeln mit großem Geräusche und vieler Gewalt fortzuschleudert. Man macht so Gebrauch von dieser Maschine: Das Drittel des Instrumentes steht in einer großen Menge von Feuer und Kohle; wenn das Wasser recht erhitzt ist, wird die Schraube des mit Wasser gefüllten Gefäßes niedergeschraubt und in demselben Augenblicke, wo dies geschieht, entweicht das ganze Wasser nach unten, fließt in den erhitzen Teil des Instrumentes und verwandelt sich sofort in Dampf, der so bedeutend und stark ist, daß es wunderbar ist, die Wut des Rauches zu sehen und das hervorgestochene Geräusch zu hören.“ Wir sehen hier, daß Leonardo die treibende Kraft des Dampfes erkannt und, wie aus seinen weiteren Worten hervorgeht, auch versucht hat, zum Schuttern von Kugeln anzuwenden. Unrichtig ist es jedoch, er habe die Dampfkraft zu Maschinen, zur Bewegung eines Vortriebswagens oder einer Waise benutzt. Der Leonardische Wraspich ist vielmehr ein durch die Wärme im Ramin bewegtes Flügel-

rad, das durch eine Zahnräderübersetzung und ein Schneckengetriebe das Fleisch im Feuer dreht.

Das angebliche Leonardische „Dampfgeschiff“ ist die Skizze eines mit Schaufelrädern versehenen Bootes, das durch einen Tretechanismus bewegt werden sollte. Wir sehen nachfolgend zwei Dreier, auf die man wohl abwechselnd mit beiden Füßen treten muß, sobald sich die Zahnräderübersetzung und dadurch die Schaufelräder drehen können.

Zu den Erfindungen, die man weiß anderen zuzuschreiben, die sich aber zuerst bei Leonardo finden, gehört die Windmühle mit drehradem Dach, deren Vorteil darin besteht, daß man nicht mehr nötig hatte, das ganze Mühlenhaus drehbar auf einen Bod zu setzen, sondern den Bau bis zum Turm aus Steinen auszuführen konnte und nur mehr nötig hatte, das Dach mit den Windflügeln daran nach dem Winde zu drehen. Ebenso flügelte er für Schornsteine die heute allgemein eingeführte und oftmals patentierte Windhaube, die es verhindert, daß der Rauch der Ofen in den Ramin zurückfließt. Wahrscheinlich kannte Leonardo auch bereits den Gaszylinder an Lampen, der erst 1756 wieder erfunden wurde. Die an den Fahrträdern angewandte Gelenkette, von Galle 1832 wieder erfunden, wurde von Leonardo verfeinerlich verwendet. Das Schneiden der Gewinde an Schrauben, noch lange nur mit der Feile ausgeführt, wird von Leonardo mittels Maschinen und Schneidisen zweckmäßig gebahnt.

Sehr merkwürdig ist es, daß wir bei Leonardo öfters das Pendel in Verbindung mit einem Räderwerk finden, so daß wir zu der Annahme berechtigt sind, der Meister habe die Schwunggebe des Pendels gefaßt und sie bei einem Zählwerk — einer Pendeluhr — anzuwenden versucht. Nach die Lagerung eines Kompasses in schwebenden Ringen, wie sie noch heute gebräuchlich, jedoch aber nach Carcano benannt ist, sehen wir bei Leonardo. Ganz modern erscheint bei ihm ein Trahtseil und die vom Trahtseil abgeleitete biegsame Welle, wie sie z. B. heute die Zahnzüge zwischen ihrer Drehmaschine und dem in den Mund eingeführten

Bohrer verbinden. Leonardo ist auch der Erfinder des Proportionalzirkels, mit dem man eine Zeichnung ohne weiteres in einen beliebigen anderen Maßstab vergrößern oder verkleinern kann.

Unzählig sind die Entwürfe zu Maschinen aller Art. So sehen wir große Anlagen für die Rabelfabrikation, für Tuchschereien, Drehbänke mit Treibriemungen, Spiegelstempelmotoren, sogar den Anfang einer Schneidemaschine mit selbsttätiger Hin- und Herbewegung des Druckstempels. Um Augen zu gleiten, verwendet Leonardo bereits Formmaschinen. Um Rängen gleichmäßiger herzustellen, konstruiert er für die Rängenherstellung den besonderen Rängenstempel. Gegen diejenigen, die das Perpetuum mobile erfinden wollten, sieht Leonardo energisch los und nennt ihr Bemühen dumm, lächerlich.

Die Naturvorgänge hat der große Mann mit scharfem Auge ergründet und zu ihrer Erkenntnis besonders die induktive Methode, das Experiment, durchgeführt. Wäre, wie gesagt, sein gesamter Nachlaß nicht unbeachtet geblieben, so würde sich der Ruhm eines Galilei, eines Newton und mancher anderer bedeutender Physiker verdunkelt haben.

So aber ruhen Tausende Ideen unbeachtet und unverwertet in den Bibliotheken, und aus ihnen ist heute nur noch mit Bewunderung für ein mühseliges und flüchtiges Schaffen in einer Zeit geistiger Anechtung und tiefen Aberglaubens ersähen. Als Anzeigungen eines unvorstelligen Geistes werden sie, wenn sie allgemein zugänglich sind, noch lange einig aus der Weltliteratur hervorstechen.

Galerie Arnold.

Nicht weniger als 16 Gemälde von Max Lieberow hat Ludwig Umbier zu der Sonderausstellung von Werken dieses großen deutschen Impressionisten zusammengetragen, die er gegenwärtig im 1. Stockwerk seines Geschäftshauses veranstaltet. Die meisten der Arbeiten gehören den letzten drei Schaffensjahren dieses Meisters

